

Protokoll Nr. 13/2013 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 25. November 2013 um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter (*fehlte entschuldigt*)

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh (*fehlte entschuldigt*)

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung:

Rechtsamt: Marion Fiedelak
Rechnungsprüfungsamt: Heike Hanseemann
Fachbereich Kommunikation & Koordination: Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination: Insa Rogel
Fachbereich Finanzen: Jörg Valnion

als Gäste:

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers
Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH Jürgen Janßen

Protokollführung:

Protokollführerin Sabrina Fürst

A Öffentlicher Teil**Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: -keine-
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven **260/2013**
 - 4.2 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum **271/2013**
 - 4.3 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2010 - 2012 **262/2013**
- 5 Information und Meinungsbildung zu den Handlungsfeldern Finanzen, RPA, Wirtschaft und Tourismus des Verwaltungs- und Organisationsgutachtens der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland
- 6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: -keine-
- 7 Mitteilungen und Anfragen: Stellenplan

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

-Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen einstimmig festgestellt-

3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven **260/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen. **Herr Valnion** erläuterte einzelne Punkte der Änderungsliste für den Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie hinsichtlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (vgl. auch Erläuterungsanlagen zu BV).

Herr Biehl bat um Information, wie hoch die Kosteneinsparung durch Präventionsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend sei. **Herr Stoffers** wies zunächst darauf hin, dass es sich bei den Aufwendungen der lfd. Nr. 9 der Änderungsliste Ergebnishaushalt nicht um präventive Maßnahmen des Fachbereiches 51 handele, sondern um zusätzliche Aufwendungen für den Bereich Heimerziehung durch Zuzüge diverser Familien. Es handelt sich insgesamt um 19 Kinder, die bundesweit in Einrichtungen untergebracht seien. Durch den Zuzug der jeweiligen Mütter stehe die Stadt in der Verpflichtung für die Heimkosten aufzukommen. Da die Kinder aktuell nicht vor Ort seien, könnten hier noch keine Präventionsmaßnahmen eingeleitet werden. Ab 2015 sei jedoch aufgrund der Einleitung diverser Jugendhilfemaßnahmen eine Kostenreduzierung zu erwarten.

Auf die Frage von **Frau Glaser**, woraus sich die Diskrepanz aus der Kostensteigerung in 2013 und 2014 und der Kostenreduzierung ab 2015 hinsichtlich des Zuschussbedarfes des Nationalparkzentrums ergäbe (lfd. Nr. 12), erklärte **Herr Valnion**, dass der Zuschussbedarf in 2013 und 2014 steige, jedoch ab 2015 aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen mit den bezifferten Einsparungen zu rechnen sei.

Herr Oberbürgermeister Wagner teilte auf Anfrage von Frau Glaser mit, dass bei einer Gewerbesteuer-Reduzierung um fünf Prozentpunkte bereits ab 2014 statt erst ab 2015 Mindererträge für 2014 in Höhe von 270 T€ entstünden. **Herr Hellwig** wies darauf hin, dass sich der Rat mit der Entscheidung zur Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes schwer getan habe, dieser aber aufgrund der

defizitären Lage des städtischen Haushaltes zustimmte. Auch die Wirtschaft habe diese Erhöhung getragen. **Herr Hellwig** wies auf die Schwierigkeiten hin, eine Haushaltsgenehmigung zu erlangen und gab zu bedenken, aus diesem Grunde nicht in einen aktuell genehmigten Haushalt eingreifen zu wollen. Er sehe den Ansatz der Verwaltung zur Reduzierung ab 2015 als folgerichtig an. **Herr Valnion** entgegnete auf Anfrage von **Herrn Heinemann**, dass er hinsichtlich der Berechnungsgrundlagen des Landes zur Steuereinschätzung keine neuen Erkenntnisse habe. Die Ansätze können in der veranschlagten Höhe unverändert bleiben.

Herr Oberbürgermeister Wagner ergänzte, dass es sich um Hochrechnungen des Landes handle, die auch einer gewissen Schätzung mit Schwankungen zugrunde liege. **Herr Föhlinger** signalisierte für die SPD, ebenfalls nicht in einen genehmigten Haushalt eingreifen zu wollen. **Herr Biehl** stellte in Frage, ob der städtische Haushalt in 2015 bereits in der Lage sei, eine Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes tragen zu können.

Herr Valnion erläuterte auf Anfrage von **Herrn Biehl**, dass die Mindererträge bei den Anteilen an der Einkommensteuer des Landes keine Folge der Volkszählung / des Zensus im Rahmen der demographischen Entwicklung darstelle. Es handle sich bei der Berechnung nicht um eine Pro-Kopf-Pauschale, da sich die Berechnung des Landes am Verhältnis des Einkommensteueraufkommens der Stadt Wilhelmshaven zum gesamten Aufkommen im Land orientiere.

Herr Oberbürgermeister Wagner unterstrich, dass das Ergebnis des Zensus damit keinen Einfluss auf die Berechnung habe. Eine geringere Einwohnerzahl trage entsprechend in geringerem Maße zum Einkommensteueraufkommen bei. Die Feststellung der Einwohnerzahl durch einen Zensus sei eine rein statistische Korrektur, die keinerlei Einfluss auf die Zahlung der Einkommensteueranteile habe.

Herr Föhlinger stellte den gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU-Fraktion auf Einstellung eines Verkehrsplaners [A 12 / EGr. 11] in den Stellenplan des Nachtragshaushaltes 2013/2014 und die umgehende Ausschreibung und Besetzung dieser Stelle. **Herr Stoffers** wies darauf hin, dass der Fachbereich Stadtplanung bereits einen Antrag auf eine zusätzliche Stelle für die Verkehrsplanung gestellt habe, dass aktuell jedoch noch Nachweise zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit fehlen. Es müsse geprüft werden, ob die Vergabe an externe Gutachter oder die dauerhafte Einstellung eines Verkehrsplaners wirtschaftlicher sei. Er informierte darüber, dass die Kosten für eine solche Stelle in 2013 auch ohne Einstellung in den Stellenplan und Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus den für die externen Gutachten bereit stehenden Mitteln bestritten werden können.

Auf Nachfrage von **Herrn Debring** zur Entwicklung der Personalkosten (*lfd. Nr. 34*) wies **Herr Stoffers** darauf hin, dass nach diversen Verzögerungen im Hinblick auf Stellenbesetzungen in 2013 ab 2014 Stellen im Fallmanagement, in der Organisationsberatung, im Rechnungsprüfungsamt, in der zentralen Vergabestelle, im Ingenieursbereich sowie hinsichtlich der Referatsstellen zu erhöhten Aufwendungen führen.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, zunächst über den o.g. Antrag auf Einstellung eines Verkehrsplaners abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Zustimmungen und 3 Ablehnungen)

Im Anschluss ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Änderungsliste zum Ergebnishaushalt (S. 7 bis 9) abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen der Herren Föhlinger, Biehl, Hellwig unter Vorbehalt der Zustimmung der Fraktionen)

Herr **Valnion** stellte anschließend die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vor.

Hinsichtlich des Projektes „Joboffensive“ im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes führte **Herr Oberbürgermeister Wagner** in Ergänzung zu den Erläuterungen **Herrn Valnions** aus, dass Intention des Projektes sei, Menschen insbesondere in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und weiteren Akteuren in Arbeit zu bringen. Zunächst müsse vor allem für den Koordinationsaufwand investiert werden, um ab 2015 entsprechende Ersparnisse erzielen zu können. **Herr Wagner** verneinte auf Nachfrage von **Herrn Barkowsky** eine etwaige Subventionsproblematik und erklärte, dass keine Subventionen vorlägen.

Die Frage von **Herrn Heinemann**, ob es sich bei den bezifferten Einsparpotentialen durch die Fusion zum Klinikum Wilhelmshaven (*lfd. Nr. 1 und 2 des HSK*) um vorläufige Zahlen handle, bejahte **Herr Oberbürgermeister Wagner** mit den Hinweis, dass es sich jedoch um realistische Zahlen handle.

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, ließ über die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (S. 10) abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Herr Valnion stellte im Weiteren einzelne Punkte der Änderungsliste Finanzhaushaltes vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Im Folgenden wurde über die Zuschuss-Anträge der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Landesverband Niedersachsen e.V. (1.000,- €) sowie der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V. (10.000,-€) beraten. An der Diskussion beteiligten sich die **Herren Biehl, Walpurgis und Föhlinger**.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

(bei 8 Ablehnungen, 2 Zustimmungen und 3 Enthaltungen)

Zu den Anpassungen an die veränderte Verwaltungsstruktur und Produktzuordnungen (S. 12) gab es keine Wortbeiträge.

Zum Investitionsprogramm 2013-2017 erklärte **Herr Valnion** auf Nachfrage von **Herrn Heinemann**, dass eine Umstellung auf die neue Dezernatsstruktur zum nächsten Doppelhaushalt 2015-2016 erfolge.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Herr Stoffers führte auf Nachfrage von **Herrn Föhlinger** zum Stellenplan aus, dass der Personalrat lediglich Erläuterungsbedarf angefordert habe und nach entsprechender Zusammenstellung der angeforderten Informationen Benehmen durch Fristablauf hergestellt wurde. **Herr Becker** informierte darüber, dass er den Personalrat aufgrund von Unstimmigkeiten zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen eingeladen habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Beschlussvorlage 260/2013 zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 einschließlich des Änderungsantrages der SPD- und CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven, einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) sowie die Veränderungen des Stellenplans.

4.2 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum **271/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl gab zu bedenken, ob die Stadt das Grundstück unentgeltlich an die Stiftung Deutsches Marinemuseum übertragen könne und monierte, dass die Beschlussvorlage keine näheren Informationen hinsichtlich der unentgeltlichen Übertragung enthielte. **Herr Oberbürgermeister Wagner** führte aus, dass die Verwaltung beim Vorliegen von rechtlichen Zweifeln eine solche Übertragung nicht vorschlagen würde. **Herr Valnion** erläuterte weiterhin, dass der durch die unentgeltliche Übertragung des Grundstückes entstehende Buchverlust beim Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude (GGG) als Eigentümer des Grundstückes durch den Kernhaushalt ausgeglichen werden solle. **Herr Hellwig** wies auf die Vorteile für die Stadt hin, die sich aus dem Kooperationsvertrag ergeben und unterstrich die Bedeutsamkeit der Kulturförderung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Zustimmungen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marine-museum (siehe Anlage zur BV) zu.

4.3 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, 262/2013
Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2010 -
2012

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Informationsvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner führte kurz aus, dass alle Jahresabschlüsse bis auf die Testate der Reinhard-Nieter-Gruppe vorlägen und sprach der Kämmerei inkl. des Beteiligungsmanagements sowie den beteiligten Gesellschaften seinen Dank für die gute Arbeit aus. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft nahm Kenntnis vom Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2010-2012.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht 2013, mit den Jahresabschlüssen 2010 – 2012, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

5 Information und Meinungsbildung zu den Handlungsfeldern Finanzen,
RPA, Wirtschaft und Tourismus des Verwaltungs- und Organisations-
gutachtens der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt
Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland

Einleitend teilte **Herr Oberbürgermeister Wagner** mit, dass die Meinungsbildung auf Grundlage des Kooperationsgutachtens der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement tendenziell eher in Richtung sinnvoller Kooperation statt einer Einkreisung gehe. Das Gutachten ließe an manchen Stellen noch offene Fragestellungen unbeantwortet. Beispielsweise fehle eine Überlegung und Betrachtung hinsichtlich notwendiger Investitionsbedarfe durch eine Einkreisung völlig. Der Schuldenerlass bringe nur etwas, wenn das Geld hinterher nicht vollständig durch eine Einkreisung abfließe.

Zunächst stellte **Herr Valnion** das Handlungsfeld Finanzen des KGSt-Gutachten Wilhelmshaven-Friesland anhand einer Power-Point-Präsentation vor (vgl. Präsentationsunterlagen). Er wies eingangs darauf hin, dass die Begrifflichkeit des Vollzeitäquivalents dem Begriff der Vollzeitstelle entspreche. Zusammenfassend ließe sich feststellen, dass sich durch eine Fusion hinsichtlich des Bereiches Kämmerei, Beteiligungsmanagement, Stadtkasse und Schuldenmanagement keine großen Veränderungen ergäben. O.g. Aufgabenbereiche verblieben auch nach einer Einkreisung in jeweils eigener Zuständigkeit.

Hinsichtlich des Bereiches Abgaben unterscheide sich Friesland als Landkreis von Wilhelmshaven als Stadt in der Hinsicht, dass der Landkreis keine Abgaben erhebe, sodass auch dieser Aufgabenbereich bei der Stadt verbliebe. **Herr Valnion** wies darauf hin, dass aktuell auch eine unterschiedliche Finanzsoftware im Einsatz sei. **Herr Oberbürgermeister Wagner** stellte heraus, dass bei der Stadt Wilhelmshaven als kreisfreie Stadt sowohl Kreis- als auch Gemeindeaufgaben zusammen fielen. Er wies auf den Bedarf an zusätzlichen Schnittstellen und den damit verbundenen Mehraufwand hin. Die Finanzsoftware SAP, die beim Landkreis Friesland im Einsatz sei, sei für kommunale Bedürfnisse zu unflexibel und zudem mit hohen Kosten verbunden. Darüber hinaus sei es bei der erst kürzlich bei der Stadt eingeführten Finanzsoftware H+H von Vorteil, dass auch die Töchter auf das System geschaltet werden können.

Herr Valnion führte weiter aus, dass abhängig davon, welche Aufgabenbereiche bei einer Einkreisung tatsächlich auf den Landkreis übergängen, sich das Aufgabenvolumen im Handlungsfeld Finanzen für Wilhelmshaven reduzieren könnte, dies jedoch nicht durchschlagend sei und sich hieraus keine große Einsparung ergäbe. Die KGSt komme zu dem Schluss, dass bei einer Einkreisung keine Effekte i. S. einer Reduzierung der freien oder der zu bewirtschaftenden Ressourcen eintreten würden. Für Friesland sei mittel- bis langfristig eine Stelleneinsparung von 1,5 Stellen prognostiziert. **Herr Valnion** verwies auf die Diskrepanz zwischen der hohen Punktevergabe im Fazit, die für sehr deutliche Chancen im Handlungsfeld Finanzen im Hinblick auf eine Einkreisung spreche, sowie der textlichen Aussagen, die keine großen Effekte prognostizieren. Auch **Herr Biehl** kritisierte dieses Missverhältnis, das sich aus dem Gutachten ergäbe. **Herr Barkowsky** stellte hinsichtlich solcher gegensätzlicher gutachterlichen Aussagen die Werthaltigkeit des Gutachtens in Frage. **Herr Heinemann** bemerkte schließlich noch, dass der Blick nicht nur auf Richtung Schuldenerlass zu richten sei, sondern dass auch das Ranking einer Kommune entsprechend stiege.

Frau Hansemann stellte anschließend anhand einer Power-Point-Präsentation das Handlungsfeld Rechnungsprüfungsamt vor. Die KGSt komme insgesamt zu dem Schluss, dass bei einer Einkreisung keine Effekte gesehen würden, sofern bei der Stadt Wilhelmshaven ein Rechnungsprüfungsamt bestehen bliebe, wovon aufgrund der Größe der Stadt und der Anzahl an Beteiligungsgesellschaften ausgegangen werde. Im Hinblick auf eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit sehe die KGSt stellenbezogene Synergieeffekte (2,5 Stellen), wies jedoch auf das Erfordernis weitergehender Untersuchungen hin. **Frau Hansemann** gab abschließend zu bedenken, dass das Gutachten viele offene Fragestellungen schuldig blieb und weitere Untersuchungen erforderlich seien.

Herr Oberbürgermeister Wagner wie auch **Frau Hansemann** und **Herr Biehl** stellten die im Gutachten dargestellte Vergleichbarkeit des Szenarios der Landkreise Nienburg / Schaumburg auf die örtlichen Gegebenheiten zur Interkommunale Zusammenarbeit hier auf Ebene eines Landkreises und einer Gemeinde in Frage. Es lägen hier unterschiedliche Prüfungsansätze vor.

Abschließend stellte **Herr Janßen** das Handlungsfeld Wirtschaft und Tourismus vor. So erklärte er, dass wirtschaftliche Synergieeffekte nicht dargestellt werden können, da diese nicht ursächlich mit einer Einkreisung verbunden wären, sondern mit einer Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit, welche unabhängig von einer Einkreisung erfolgen könne.

Die KGSt sehe aber im Falle einer Einkreisung dennoch positive Effekte, beispielsweise in der Schaffung einer gemeinsamen Raumordnungsplanung. Diese Sicht werde jedoch nicht geteilt, da zu befürchten sei, dass sich Spannungsfelder in einer gemeinsamen Raumordnungsplanung schwerer zu beherrschen seien (z.B. *Industrie vs. Tourismus*). Es herrsche Zustimmung zur Empfehlung der KGSt zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Friesland. Er kritisierte insgesamt, dass die eigentliche gutachterliche Arbeit fehle. **Herr Diers** ergänzte, dass bei den vielen Tourismus-Gesellschaften zunächst eine klar strukturierte Aufgabenformulierung auf kooperativer Basis erarbeitet werden sollte.

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

-keine Angelegenheiten der Rechnungsprüfung-

7 Mitteilungen und Anfragen

Herr Stoffers bestätigte noch einmal, dass hinsichtlich des Stellenplanes Benehmen des Personalrates tatsächlich durch Fristablauf hergestellt wurde. Zwischenzeitlich habe er den entsprechenden Schriftnachweis eingeholt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:30 Uhr

Wager
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Fürst
Protokollführerin